

Holger Zapf

Demobilisierung durch ›verunsichernde Ermutigung‹? Der autoritäre Sicherheitsdiskurs in Ägypten und Tunesien vor und während des ›arabischen Frühlings‹

Es ist nicht übertrieben zu behaupten, dass Sicherheit als Regierungsziel ein zentrales Element von Herrschaftslegitimation ist.¹ Das gilt für Demokratien und Autokratien gleichermaßen. Dennoch hat das Regierungsziel Sicherheit in autoritären Regimen eine besondere Bedeutung für die Herrschaftslegitimation: Sicherheitsbelange dienen hier als häufig gebrauchter Vorwand für eine eklatante Beschneidung von Abwehrrechten und Partizipationsmöglichkeiten. Anders gesagt: Sicherheitsbelange sind in autoritären Regimen ein Vorwand, der die zur Verfügung stehenden »repertoires of contention«² beschränkt. Wenn autoritäre Regime ins Wanken geraten, dann besteht im Zuge von – prinzipiell ergebnisoffenen³ – Transformationsprozessen eine der entscheidenden Fragen darin, ob es den neuen Regimen gelingt, sich von diesem Muster zu befreien – ob die Transformation also in eine demokratische Richtung verläuft oder nicht. Diese beiden zusammenhängenden Themenkomplexe werden von den Beiträgen dieses Schwerpunktes zum Thema »Sicherheitsdiskurse in Ägypten und Tunesien vor, während und nach der Revolution« anhand von Beispielen aus dem arabischen »Aufbruch«⁴ untersucht.

Dabei stehen autoritäre Regime und Transitionsregime vor ähnlichen Herausforderungen, da das Funktionieren beider von einem geringen Mobilisierungsgrad abhängt.⁵ Ein geringer Mobilisierungsgrad kann jedoch nicht nur durch physische Bedrohung, sondern auch durch verbale Drohungen und eine Rhetorik der Angst und der Verunsicherung erreicht werden. Solche diskursiven Demobilisierungsversuche sind zudem weniger kostspielig für die herrschende Elite als die gewaltsame Niederschlagung von

1 Vgl. Michael Zürn, *Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance*, Frankfurt a.M. 2005, S. 95.

2 Charles Tilly, *Regimes and repertoires*, Chicago u.a. 2006.

3 Thomas Carothers, »The End of the Transition Paradigm« in: *Journal of Democracy*, Jg. 13 Nr. 1 (2002), S. 5–21.

4 Georges Tamer, »Einleitung« in: Georges Tamer / Hanna Röbbelen / Peter Lintl (Hg.), *Arabischer Aufbruch. Interdisziplinäre Studien zur Einordnung eines zeitgeschichtlichen Phänomens*, Baden-Baden 2014, S. 13–32.

5 Juan J. Linz, »Totalitarian and Authoritarian Regimes« in: Fred Greenstein / Nelson Polsby (Hg.), *Handbook of Political Science. Volume 3. Macropolitical Theory*, Reading u.a. 1975, S. 179f; Philip Oxhorn, »Where Did All the Protesters Go?: Popular Mobilization and the Transition to Democracy in Chile«, *Latin American Perspectives*, 21, Nr. 3 (1994), S. 49f. sowie Guillermo A. O'Donnell / Philippe C. Schmitter, *Transitions from authoritarian rule tentative conclusions about uncertain democracies*, Baltimore u.a. 2013, S. 55f.

Aufständen⁶, was in verschiedenen Situationen für ihren Einsatz spricht. Deshalb ist zu erwarten, dass in Situationen autoritärer Stabilität und instabiler Transformation demobilisierende offizielle Diskurse präsent sind, in denen »Sicherheit« einen zentralen Stellenwert hat.

Der vorliegende Beitrag diskutiert zunächst eingehender verschiedene konzeptionelle Ansatzpunkte zur Analyse demobilisierender autoritärer Sicherheitsdiskurse und wendet diese anschließend exemplarisch auf den tunesischen und ägyptischen Diskurs vor und während der Revolution an. Dabei wird gezeigt, auf welchen unterschiedlichen Ebenen und mit welchen Strategien oppositionelles Handeln rhetorisch delegitimiert wird. Als prinzipielle Strategie wird dabei eine Form der »verunsichernden Ermutigung« identifiziert, wobei jedoch zunächst offen bleiben muss, inwiefern diese Strategie spezifisch für die beiden untersuchten Fälle ist, was abschließend diskutiert wird.

1. Diskursive Demobilisierung in autoritären Regimen – Einleitung

Der offizielle Diskurs, mit dem autoritäre Regierung Einfluss auf die Vorstellungen über legitime politische Prozesse nehmen, wird im Folgenden als spezifischer autoritärer Diskurs verstanden. Der autoritäre Diskurs ist grundsätzlich ein Sicherheitsdiskurs, da politische Partizipation allgemein unter den Verdacht gestellt wird, den Fortbestand des Staates zu gefährden. Dabei werden Sicherheitsprobleme nicht im klassischen Sinne als Gefährdungen physischer Unversehrtheit verstanden – vielmehr fällt hierunter alles, was von der Regierung zu einem Sicherheitsproblem stilisiert wird. Es wird im Folgenden zu zeigen sein, dass der autoritäre Diskurs zugleich oft – wenn auch weniger prominent – Vorstellungen von legitimer Partizipation vermittelt. Er ist damit nicht einseitig auf die völlige Delegitimation oppositionellen Handelns ausgerichtet, sondern zielt manchmal auch durch »verunsichernde Ermutigung« zur Partizipation auf eine Demobilisierung der Opposition.

Im Gegensatz zur materiellen Sicherheitspolitik autoritärer Regime⁷ haben offizielle Sicherheitsdiskurse als ihr Komplement in der Forschung bislang nur wenig Beachtung gefunden. Das Verständnis der Erzeugung autoritärer Legitimität soll im Folgenden vertieft werden, indem damit auf die oft vernachlässigte Gegenseite – die Delegitimation der Opposition – fokussiert wird. Ich werde dabei zunächst auf vier Ansätzen auf-

6 Eva Bellin, »Coercive Institutions and Coercive Leaders« in: Marsha Pripstein Posusney/ Michele Penner Angrist (Hg.), *Authoritarianism in the Middle East. Regimes and Resistance*, Boulder, u.a. 2005, S. 29f.

7 Jason Brownlee, »Political Crisis and Restabilization: Iraq, Libya, Syria, and Tunisia« in: Marsha Pripstein Posusney/Michele Penner Angrist (Hg.), *Authoritarianism in the Middle East. Regimes and Resistance*, Boulder 2005, S. 43–62; Bellin, »Coercive Institutions and Coercive Leaders« a.a.O. (FN 4); Bahgat Korany, »National Security in the Arab World: The Persistence of Dualism« in: Dan Tschirgi (Hg.), *The Arab world today*, Boulder 1994, S. 161–178; Elizabeth Picard, »State and Society in the Arab World: Towards a New Role for the Security Services?«, in: Bahgat Korany / Rex Brynen / Paul Noble (Hg.), *The Many Faces of National Security in the Arab World*, Basingstoke 1993, S. 258–274.

bauen, deren Verknüpfung zu diesem Zweck besonders zielführend erscheint: Hegemoniale Diskursanalyse, Framing, Argumentationstheorie und Narratologie. Dabei wird nicht nur zu klären sein, inwiefern sie sich aufeinander beziehen lassen, sondern auch, für welche Phasen des Sicherheitsdiskurses im Kontext autoritärer Systeme sie besonders anschlussfähig sind. Um das diskutieren zu können, wird zunächst auf das Problem der Phaseneinteilung von Transformationen eingegangen, außerdem wird die Verbindung von offiziellen Sicherheitsdiskursen, Demobilisierung und autoritärer Herrschaftslegitimation näher betrachtet, wobei auch das Konzept der *securitization* diskutiert wird. Vor diesem Hintergrund werden dann die besagten Ansätze vorgestellt und voneinander abgegrenzt, um Integrationsmöglichkeiten auszuloten. Abschließend werden die Ansätze anhand von Analysen aus dem »arabischen Aufbruch« exemplifiziert.

Da den arabischen Autokratien meistens eher pauschal bescheinigt wird, sich durch den massiven Rückgriff auf Sicherheits- und Stabilitätsrhetorik zu legitimieren, verspricht eine eingehendere Untersuchung hier neue und differenziertere Einsichten. Die Integration verschiedener Perspektiven auf diesen Diskurs soll zum einen dazu beitragen, einen theoretischen Rahmen für die Untersuchung von offiziellen Sicherheitsdiskursen in autoritären Kontexten und Transitionsregimen zu entwickeln, zum anderen ist sie einem zuletzt häufiger kommunizierten Forschungsdesiderat geschuldet, das darin besteht, die diskursive Seite der Politik unter Rückgriff auf eine integrierte Theorie von verschiedenen konzeptionellen Ansätzen zu verstehen⁸, wozu sie gleichfalls einen Beitrag leisten soll.

2. Überlegungen zum Zusammenhang von Autoritarismus und Sicherheitsdiskursen

Eingangs wurde bereits auf den besonderen Zusammenhang von autoritären Legitimationsdiskursen und der Sicherheitsthematik hingewiesen. Dieser Zusammenhang soll nun zunächst noch einmal unterfüttert werden. Die Autoritarismusforschung geht – bei allen strittigen definitorischen Punkten⁹ – davon aus, dass sich autoritäre Systeme von demokratischen und totalitären Systemen unter anderem durch den Mobilisierungsgrad unterscheiden – im Unterschied zu den beiden anderen Systemformen herrscht hier ein niedriger Mobilisierungsgrad vor. Damit wird ein Systemtyp *sui generis* definiert, dessen Existenz zeigt, dass die von Almond und Verba behauptete »partizipatorische Explosion«, für die sowohl demokratische als auch totalitäre Staaten das

8 Dominika Biegoń / Nullmeier, Frank, »Narrationen über Narrationen. Stellenwert und Methodologie der Narrationsanalyse«, in: Frank Gädinger / Sebastian Jarzebski / Taylan Yildiz (Hg.), *Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis*, Wiesbaden 2014, S. 61f; Isabela Fairclough / Norma Fairclough, *Political discourse analysis. A method for advanced students*, London [u.a.] 2012, S. 29f.

9 Holger Albrecht / Frankenberger, Rolf, »Autoritarismus Reloaded: Konzeptionelle Anmerkungen zur Vergleichenden Analyse politischer Systeme«, in: Dies. (Hg.), *Autoritarismus reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung*, Baden-Baden 2010, S. 40–47.

Gefäß bilden konnten¹⁰, im 20. Jahrhundert so nicht stattgefunden hat. Gleichwohl wird in Übereinstimmung mit der politischen Kulturforschung mitunter angenommen, dass die Systemstabilität auch in autoritären Systemen davon abhängt, dass die politische Kultur (im Sinne eines Verteilungsmusters von Einstellungen innerhalb der Gesellschaft) und das politische System miteinander kongruent sind. Diese Kongruenz spielt dabei nicht nur auf der Ebene des substantiellen Outputs, sondern auch auf der Ebene des politischen Prozesses eine Rolle.¹¹ Entsprechend wären autoritäre Regime darauf angewiesen, dass Einstellungen dominieren, die die geringe Mobilisierung und die eingeschränkten Partizipationsmöglichkeiten im politischen Prozess positiv (oder zumindest nicht negativ) bewerten, da die Stabilität von Autokratien nicht ausschließlich durch »Repressionsmaßnahmen, Gewalt und Unterdrückung« zu sichern ist.¹²

Doch selbst eine Inkongruenz von Einstellungen und politischem System und folglich der fehlende Glaube an die Legitimität der Herrschaft muss nicht zum Systemwechsel führen, solange die Kosten für aktive Opposition hoch genug, die Zwangsmittel effektiv in staatlicher Hand konzentriert und die staatlichen Eliten einig sind.¹³ Die Existenz eines funktionierenden Sicherheitsapparates gilt daher als zentral für die Verhinderung von allen Ansätzen zum demokratischen Systemwechsel – und zwar selbst dann, wenn die gesellschaftlichen Voraussetzungen für Demokratisierung (Bildungsniveau, wirtschaftliche Entwicklung etc.) gegeben wären.¹⁴ Neben dieser »harten« physischen Form kann die Repression aber auch eine diskursive, »weiche« Form annehmen. Der offizielle Diskurs dient folglich nicht nur zur Legitimitätsbeschaffung für das Regime¹⁵, sondern auch, komplementär dazu, zur Demobilisierung von sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Schon der Diskurs kann daher seinerseits als Form der Repression verstanden werden, wenn als Repression gilt, dass eine Gruppe – in diesem Fall die herrschende Elite – die Kosten für die (kollektive) Teilnahme einer anderen Gruppe an einer politischen Auseinandersetzung erhöht – schließlich bedeutet auch das offizielle Bestreiten der Legitimität dieser Gruppe eine Erhöhung

10 Almond, Gabriel A./Verba, Sidney, *The civic culture. Political attitudes and democracy in five nations*, Princeton, NJ 1963, S. 4.

11 Ebd., S. 21f, 29.

12 Gert Pickel, Die kulturelle Verankerung von Autokratien – Bestandserhalt durch ideologische Legitimationsstrategien und ökonomische Legitimität oder Demokratisierung?, in: PVS Sonderheft 2012, S. 180; vgl. auch Nina Guérin, »Der Arabische Frühling – Die Inkongruenz von politischer Kultur und politischer Struktur als (Mit-)Ursache des Umbruchs in Ägypten und Marokko«, in: Ahmet Cavuldak u.a. (Hg.), *Demokratie und Islam. Theoretische und empirische Studien*, Wiesbaden 2014, S. 305–327.

13 Theda Skocpol, *States and Social Revolutions. A Comparative Analysis of France, Russia, and China*, Cambridge u.a. 1979, S. 32.

14 Bellin, »Coercive Institutions and Coercive Leaders«, a.a.O. (FN 4) S. 26f.

15 Vgl. z.B. Annette Ranko, *The Muslim Brotherhood and its Quest for Hegemony in Egypt. State-Discourse and Islamist Counter-Discourse*, Wiesbaden 2015, S. 50ff.

der Kosten ihrer Aktivität.¹⁶ Dabei können konkrete Akteure betroffen sein¹⁷, der Diskurs kann sich aber auch diffus gegen Partizipation im Allgemeinen richten, ohne bestimmte organisierte Gruppen zu identifizieren. Auf diesem unspezifischen Sicherheitsdiskurs liegt im Folgenden der Schwerpunkt.

Ein pragmatischer Zusammenhang spricht zudem dafür, dass die diskursive Demobilisierung häufig auch mit dem expliziten Verweis auf Sicherheit erfolgt. Denn autoritäre Regime müssen sich legitimieren, ohne dabei auf substanzielle Verfahren der Partizipation (wie in Demokratien) zurückgreifen zu können. Dagegen spielt die Legitimation durch Effizienz eine bedeutende Rolle, sie wird »generiert durch den Erfolg von *policies* bzw. dessen gesellschaftliche Wahrnehmung«.¹⁸ Da autoritäre Regime in der Regel auf eine sehr starke Exekutive zurückgreifen müssen, ist Sicherheit ein Politikfeld, das sich als besonders aussichtsreich für diese »Effizienzlegitimation« erweist – die hierfür notwendigen Ressourcen müssen schließlich ohnehin vorgehalten werden, da autoritäre Regime ohne eine starke Exekutive kaum auf Dauer zu stellen sind.¹⁹

Allerdings ist auch festzuhalten, dass der Adressatenkreis des offiziellen Sicherheitsdiskurses nicht immer klar bestimmt werden kann: Es lässt sich nicht ohne weiteres unterscheiden, inwiefern sich der offizielle Diskurs an die einfache Bevölkerung, mobilisierte Demonstranten, die nationale Machtelite oder an ausländische Partnerstaaten richtet. Gerade das Thema Sicherheit legitimiert Regierungshandeln nicht nur im Sinne der Effizienzlegitimation gegenüber der eigenen Bevölkerung, sondern auch gegenüber der Weltöffentlichkeit. Der offizielle autoritäre Diskurs unterfüttert die Wahrnehmung auch demokratischer Partner, dass bedrohliche Sicherheitsprobleme vorliegen, was dann wiederum der Option »Stabilität unter einer autokratischen Regierung« gegenüber der Option »demokratische Experimente« einen klaren Vorteil verschafft.²⁰ Die notorische Angst vor einer Machtübernahme durch islamistische Parteien ist ein Beispiel hierfür.

Da der Sicherheit in autoritären Diskursen eine zentrale Rolle zuzukommen scheint, drängt sich die Frage auf, inwiefern das Konzept der *securitization* helfen kann, die Funktionsweise des Sicherheitsdiskurses besser zu verstehen. »Traditionally, by saying »security«, a state representative declares an emergency condition, thus claiming a right to use whatever means are necessary to block a threatening development«²¹. Sicherheit wird daher aus Perspektive dieses Ansatzes immer dann angeführt, wenn aufgrund

16 Charles Tilly, *From Mobilization to Revolution*, Reading 1978, S. 100.

17 So etwa die Muslimbruderschaft in Ägypten, vgl. Ranko, *The Muslim Brotherhood and its Quest for Hegemony in Egypt* a.a.O. (FN 15), S. 146f. Vgl. auch den Beitrag von Mirjam Edel in diesem Heft.

18 Albrecht / Frankenberger, »Autoritarismus Reloaded: Konzeptionelle Anmerkungen zur Vergleichenden Analyse politischer Systeme«, a.a.O. (FN 9) S. 57.

19 Bellin, »Coercive Institutions and Coercive Leaders«, a.a.O. (FN 4) S. 25.

20 Diese Einschätzung ist so bedeutsam, dass auch das Ende des Kalten Krieges nicht dazu geführt hat, dass die Unterstützung loyaler autoritärer Regime aufgegeben wurde, vgl. Bellin, »Coercive Institutions and Coercive Leaders«, S. 33 a.a.O. (FN 4).

21 Barry Buzan / Ole Wæver / Jaap de Wilde, *Security. A new framework for analysis*, Boulder u.a. 1998, S. 21.

einer existenziellen Bedrohung legitimiert werden soll, dass Politik jenseits der politischen Spielregeln betrieben wird. Bemerkenswert ist, dass der Versuch der Versicherheitlichung auf positive Resonanz in der Öffentlichkeit angewiesen ist – *securitization moves* durch die Regierung können also (bei fehlender positiver Resonanz) auch scheitern.²² Damit wird unterstellt, dass es in einer zumindest insoweit funktionierenden Öffentlichkeit Akteure gibt, die ein Scheitern des *securitization moves* herbeiführen können – eine hochgradig zensierte Öffentlichkeit wie aktuell in Ägypten unter Bedingung der Notstandsgesetze oder in vielen anderen autoritären Kontexten wäre daher keine Instanz, die solche *securitization moves* einem Test aussetzen könnte.

Auch wenn darum die Anwendbarkeit des securitization-Ansatzes auf Normen der Partizipation in autoritären Kontexten diskutabel ist, lässt sich aus ihm eine hilfreiche Überlegung gewinnen, die gerade an dem Problem anknüpft, was für Spielräume bei umfassender ›Versicherheitlichung‹ überhaupt noch bestehen. Denn die Möglichkeit der Versicherheitlichung impliziert auch eine Gegenbewegung, die als Politisierung (auch *de-securitisation*) bezeichnet werden kann. Während im ersten Fall die Rechte der Exekutive gestärkt werden, impliziert jede Politisierung eine Bereitschaft, im Rahmen existierender politischer Verfahren zu einer Entscheidung zu kommen bzw. solche – wenn vielleicht auch nur auf einer schmalen Basis partizipativen – Verfahren überhaupt zuzulassen. Politisierungsangebote suggerieren im autoritären Kontext, dass ein gewisses Maß an Mobilisierung und Partizipation legitim und tolerabel ist, während Versicherheitlichung auf Demobilisierung abzielt. Prinzipiell können autoritäre Regime im offiziellen Diskurs auf beide Möglichkeiten zurückgreifen, und empirisch lässt sich, wie unten zu zeigen sein wird, tatsächlich ein Mix aus beiden Ansätzen finden.

Das ist relativ überraschend, weil es der Erwartung widerspricht, dass autoritäre Regime Partizipation generell delegitimieren wollen. Doch um sich wenigstens einen Anschein von Responsivität zu geben, haben auch autoritäre Regime einen Anreiz, Politisierung als Kommunikationsstrategie zu wählen. Diese Politisierung kann jedoch ebenso wie die Versicherheitlichung von Partizipation demobilisierend wirken – unten wird noch zu zeigen sein, dass der autoritäre Sicherheitsdiskurs hier sehr zweideutig sein kann und Demobilisierung mitunter in einer Art ›verunsichernder Ermutigung‹ besteht, weil zwar auf angeblich existierende legitime Partizipationsformen verwiesen wird, diese aber nicht expliziert werden.

Die situativen Kontexte des autoritären Sicherheitsdiskurses können sehr unterschiedlich sein – Phasen des Status quo und Phasen starker Mobilisierung in Form von Protesten bis hin zu revolutionären Situationen sind denkbar. Dabei ist es möglich, dass sich der Sicherheitsdiskurs im Übergang von einer Phase zur nächsten verändert. Volker Perthes etwa identifiziert für die hier relevanten Fälle ein aus drei Phasen bestehendes »Skript« der Reaktion der arabischen Regime auf die 2011er Proteste: Leugnung; Eingeständnis von Problemen verbunden mit Geschenken und Ankündigungen;

22 Ebd., S. 25; Stefan, Adina Marina, *Democratization and securitization. The case of Romania*, Boston 2009, S. 32.

repressive Maßnahmen.²³ Bei näherem Hinsehen erweist sich diese Stufenfolge jedoch als nicht haltbar – zumindest, solange sie nicht nur als analytische Unterscheidungsmöglichkeit, sondern tatsächlich als temporale Folge verstanden wird. So fehlt die anfängliche »Leugnung« von Problemen in vielen Fällen. Zudem lassen sich die beiden folgenden von Perthes angesetzten Phasen nicht voneinander unterscheiden – das Eingeständnis von Problemen und die Ankündigung einer politischen Lösung geht, wie sich am Material zeigt, häufig mit repressiven Maßnahmen einher. Diese empirische Gleichzeitigkeit sprengt zwar das Phasenmodell, lässt sich konzeptionell aber mit den parallel auftauchenden Figuren der Politisierung und der Versicherheitlichung analytisch fassen.

Da diese Phaseneinteilung wenig tragfähig erscheint, möchte ich bei der Untersuchung des offiziellen Diskurses stattdessen eine andere Einteilung verwenden, die lediglich die prärevolutionäre Situation, in der der Status quo nicht erkennbar herausgefordert wird, von der stark mobilisierten, revolutionären Situation unterscheidet. Der Grund für diese Unterscheidung ist die Vermutung, dass die nun vorzustellenden Analysekonzepte in beiden Situationen unterschiedlich gut zum Einsatz gebracht werden können.

3. Die verschiedenen Ansätze im Überblick

Im folgenden Abschnitt gehe ich auf verschiedene Ansätze ein, die für die Analyse von autoritären Sicherheitsdiskursen relevant sind.

3.1 Hegemonieanalyse

Wenn autoritäre Sicherheitsdiskurse untersucht werden sollen, bietet sich aus dem Feld diskursanalytischer Ansätze insbesondere die Hegemonieanalyse im Anschluss an Laclau und Mouffe an.²⁴ Anders als in der kritischen Diskursanalyse²⁵ wird hier nicht darauf abgezielt, die Zugangsmöglichkeiten von Akteuren zum Diskurs zu untersuchen und die daraus resultierenden Felder des Sagbaren zu identifizieren – vielmehr geht es um den diskursiven Stellenwert verschiedener Forderungen.²⁶ Dabei wird generell davon ausgegangen, dass Diskurse aus einer Vielzahl von Sinnproduktionsakten – in diesem Fall Artikulationen als Forderungen – bestehen, in denen einzelne Elemente voneinander abgegrenzt und zueinander in Beziehung gesetzt werden.²⁷ Einer antagonistischen

23 Perthes, Volker, *Der Aufstand. Die arabische Revolution und ihre Folgen*, München 2011, S. 38f.

24 Ernesto Laclau / Chantal Mouffe, *Hegemony and socialist strategy. Towards a radical democratic politics*, London 1985.

25 Vgl. hierfür den Beitrag von Nadia El Quergemmi in diesem Heft.

26 Martin Nonhoff, »Hegemonieanalyse. Theorie, Methode und Forschungspraxis«, in: Reiner Keller u.a. (Hg.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis*, Wiesbaden 2010, S. 301.

27 Ebd., S. 304f.

schen Logik folgend werden verschiedene Forderungen angeordnet: Entweder werden sie zueinander äquivalent gesetzt, so dass sie mit der jeweils identischen politischen Position gleichgesetzt werden, oder sie stehen zueinander in einem konträren Verhältnis, so dass sie antagonistische gesellschaftliche Positionen widerspiegeln.

Gemäß der für die empirische Anwendung konzipierten hegemonialen Diskursanalyse nach Martin Nonhoff gibt es mit der »umfassenden Forderung« einen besonderen Typ von Artikulation. Die umfassende Forderung definiert eine hinreichende Bedingung dafür, dass ein gesellschaftlicher Mangel geheilt werden kann, mit dem zugleich das allgemeine Ziel der Gesellschaft bezeichnet ist. In ihr verketten sich andere Forderungen, während sie selbst das Allgemeine repräsentiert: Die umfassende Forderung ist insofern zentral, als sie impliziert, dass auch die partikularen Forderungen erfüllt werden, wenn sie erfüllt wird.²⁸ Mit Hilfe der Hegemonieanalyse können nicht nur die Eliten und ihre im offiziellen Diskurs vertretenen Artikulationen in den Blick genommen werden – darüber hinaus kann untersucht werden, von welchen Akteuren im Diskurs diese geteilt werden und in welchem Umfang sich »Subjekte diese umfassende Forderung artikulieren zu Eigen machen«.²⁹ Eine umfassende Forderung ist dadurch charakterisiert, dass sie deutungsoffen ist – d.h. verschiedene Akteure können mit ihr unterschiedliche Inhalte verbinden.³⁰ Umfassende Forderungen können darum eine sozialintegrative Wirkung haben, insofern sie verschiedene Akteure und ihre Deutungen unter einem einzigen Stichwort vereinen.³¹ Ein hegemoniales Projekt kann hieran anschließen und besteht darin, die zentrale umfassende Forderung mit verschiedenen anderen Forderungen zu verketten, dadurch mit Inhalt zu füllen und diese Verkettung als sozial verbindlich durchzusetzen.³²

Für den autoritären Diskurs ist typisch, dass in ihm die Forderung nach substanzieller politischer Partizipation abgelehnt (also: konträr gesetzt) wird, während die Sicherung der Existenz des Staates durch die Herrschaft der Elite die zentrale umfassende Forderung darstellt. Mit dieser umfassenden Forderung verbinden sich andere Forderungen – bspw. nach ökonomischer Wohlfahrt, Fortschritt, Schutz der religiösen und nationalen Identität und öffentlicher Sicherheit. Auch eingeschränkte Partizipationsperspektiven – etwa als staatlich gesteuerte Partizipation im Sinne eines »window-dressing«³³ – können diesen Forderungen hinzugefügt werden.

28 Ebd., S. 309.

29 Ebd., S. 310.

30 André Brodocz, *Die symbolische Dimension der Verfassung. Ein Beitrag zur Institutionentheorie*, Wiesbaden 2003, S. 235f.

31 Thorsten Bonacker / André Brodocz, »Im Namen der Menschenrechte. Zur symbolischen Integration der internationalen Gemeinschaft durch Normen« in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 8 Nr. 2 (2001), S. 179–208.

32 Nonhoff, »Hegemonieanalyse. Theorie, Methode und Forschungspraxis« a.a.O. (FN 26), S. 310.

33 Holger Albrecht / Oliver Schlumberger, »Waiting for Godot: Regime Change without Democratization in the Middle East« in: *International Political Science Review*, 25 Nr. 4 (2004), S. 372.

Verschiedene Akzentuierungen dieser Verkettung ermöglichen punktuelle Deutungsöffnungen, die eine Identifikation mit dem autoritären Diskurs erleichtern, während zugleich ein öffentlicher (Gegen-)Diskurs fehlt oder unterdrückt wird, der die Deutungsöffnung über den vom Regime gesetzten Rahmen hinaustreiben könnte. Gerade die Forderung nach gesteuerter Partizipation von Seiten des Regimes könnte deutungsöffnend wirken, weil sie potenziell im Widerspruch zum politischen Alleinvertretungsanspruch der Elite steht – darauf wird unten zurückzukommen sein. Doch letztlich werden Deutungskonflikte durch das Regime entschieden, ohne dass es formal als legitimer Entscheider anerkannt sein müsste. In Abgrenzung zu den nun folgenden anderen Ansätzen ist festzuhalten, dass die Forderungen, die das hegemoniale Projekt des Regimes konstituieren, weitgehend anlasslos im offiziellen Diskurs auftauchen. Ihre wiederholte Artikulation generiert eine politische Position, die durch die Äquivalenz der vom Regime vertretenen Forderungen und der Kontrarität anderer Forderungen definiert ist.

3.2 Frames

Ein anderer, weit verbreiteter Ansatz zur Analyse von politischen Diskursen ist der Framing-Ansatz. Hier steht die Frage im Vordergrund, aufgrund von welchen Ideen bestimmte Interessen überhaupt artikuliert werden. Eine Erkenntnis aus dem Bereich der sozialen Bewegungsforschung, in der dieser Ansatz maßgeblich mit entwickelt wurde, ist daher, dass die Existenz von Anliegen allein nicht ausreicht, um z.B. öffentlichkeitswirksame Mobilisierung zu erklären – darüber hinaus muss es einen Rahmen für diese Anliegen geben, in dem sich Problembewusstsein und Betroffenheit artikulieren können.³⁴ Jedem Framing kommt dabei ein zutiefst politischer Charakter zu: Politiker und zivilgesellschaftliche Akteure »frame, or assign meaning to and interpret relevant events and conditions in ways that are intended to mobilize potential adherents and constituents, to garner bystander support, and to demobilize antagonists«³⁵. Die Wirkung auf die Rezipienten erfolgt dabei über vier unterscheidbare Leistungen von Frames: Sie beschreiben Probleme, benennen Ursachen, fällen moralische Urteile und schlagen Lösungen vor.³⁶ Damit produzieren sie Deutungsmuster der Wirklichkeit, die

34 David Snow, »Framing Processes, Ideology, and Discursive Fields«, in: David Snow / Sarah Soule / Hanspeter Kriesi (Hg.), *The Blackwell Companion to Social Movements*, Malden 2004, S. 382f.

35 David Snow / Robert Benford, »Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization« in: *International Social Movement Research*, 1 (1988), S. 198.

36 Vgl. Robert Entman, »Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm«, *Journal of Communication*, 43, Nr. 4 (1993), S. 52. Obwohl sich beide Forschungstraditionen weitgehend ignorieren, können das Konzept der »securitization« und der Framing-Ansatz miteinander in Verbindung gebracht werden – »Versicherheitslichung« kann dann als eine spezifische Art des Framings betrachtet werden, vgl. Scott D. Watson, »»Framing« the Copenhagen School: Integrating the Literature on Threat Construction« in: *Millennium: Journal of International Studies*, 40, Nr 2 (2012), S. 279-301.

vor allem über massenmedial verbreitete und reproduzierte Problemmuster auf die (Legitimitätswahrnehmung von) Politik wirken.³⁷

Ähnlich wie die Forderungen in der Hegemonieanalyse haben auch Frames sehr unterschiedliche Reichweiten. Analog zu den »umfassenden Forderungen« gibt es hier *master frames*, in die andere *frames* eingebettet sind. Manche *master frames* können nicht miteinander verbunden werden, weil sie exklusiv sind, andere jedoch überlappen sich³⁸ und ermöglichen dann »broad-based mobilization, especially when there is heterogeneity among the groups and interests targeted for mobilization«³⁹. Im Unterschied zu den Forderungen in der Hegemonieanalyse sind *frames* jedoch stärker anlassbezogen: Sie dienen dazu, Akteure und Ereignisse mit Namen zu belegen, die bereits Urteile über sie implizieren und so die Wahrnehmung ihrer Legitimität beeinflussen. Wenn die bekannte Definition von Snow und Benford ernst genommen wird, dann wird man zudem sagen müssen, dass die Analyse von Frames sprechakttheoretisch formuliert auf ihre perlokutionäre Wirkung⁴⁰ abstellt – ob sie also wirklich Unterstützer mobilisieren und Antagonisten demobilisieren. Dagegen fokussiert die Hegemonieanalyse auf die illokutionäre Rolle des »Forderns« und damit auf die Schaffung antagonistisch-konträrer Positionen im politischen Raum⁴¹ – schließlich geht es hier darum, wie durch Artikulationen hegemoniale Positionen etabliert werden.

3.3 Narrative und Argumente

Weitere Elemente von Sicherheitsdiskursen, die gesonderte theoretische Aufmerksamkeit verdienen, sind Narrative und Argumente. Beide können sich mit bestimmten Forderungen oder auch *frames* verbinden, um diese zu untermauern – doch weder die Hegemonieanalyse noch der Framing-Ansatz fragen vorrangig nach Argumenten oder Narrativen. Als Argument soll eine Behauptung verstanden werden, die mit wenigstens einem Grund verknüpft wird.⁴² Dabei ist die Beziehung zwischen Grund und Behauptung nicht deduktiv bzw. tautologisch, wie es die formale Argumentationstheorie vorsieht. Vielmehr handelt es sich um induktive Beziehungen im Sinne der substantiellen Argumentationstheorie.⁴³ Das bedeutet, dass die Stützung des argumentativen

37 Constanze Jecker, *Entmans Framing-Ansatz. Theoretische Grundlegung und empirische Umsetzung*, Konstanz [u.a.] 2014, S. 402.

38 Jürgen Gerhards / Dieter Rucht, »Mesomobilization: Organizing and Framing in Two Protest Campaigns in West Germany« in: *American Journal of Sociology*, 98, Nr. 3 (1992), S. 555–596.

39 Snow, »Framing Processes, Ideology, and Discursive Fields« a.a.O. (FN 34), S. 390.

40 John L. Austin, *Zur Theorie der Sprechakte*, Stuttgart 2002, S. 119.

41 Ebd., S. 117.

42 Eine Alternative hierzu bestünde darin, auch schon eine bloße Behauptung als Argument zu bezeichnen, wenn auf Nachfrage Gründe für sie angeführt werden. Das ist allerdings angesichts massenmedialer Einbahnstraßenkommunikation keine Option für den Sicherheitsdiskurs.

43 Stephen Toulmin, *The Uses of Argument*, Cambridge / New York 2003; Josef Kopperschmidt, *Argumentationstheorie zur Einführung*, Hamburg 2000.

Zusammenhangs implizit bleiben kann⁴⁴ und die Verwendung plausibler Annahmen zum Argumentieren ausreichend ist.⁴⁵ Entscheidend ist für den Charakter von Argumenten, dass durch die Angabe eines Grundes impliziert wird, dass der Geltungsanspruch der Behauptung intersubjektiv einlösbar ist. Eine weitere Engführung auf eine bestimmte Klasse von Argumenten ist an dieser Stelle jedoch nicht sinnvoll – es ist keineswegs so, dass nur praktische (also: handlungsanleitende) Argumente Bestandteil von politischen Diskursen sind, auch theoretische (also: wahrheitsbezogene) Argumente können in ihnen enthalten sein. Wenn auf der Grundlage von Annahmen (im Gegensatz zu etablierten Fakten) argumentiert wird, dann kann ein Argument dadurch gestärkt (bzw. plausibler gemacht) werden, dass mehrere unterstützende Annahmen eingeführt werden.⁴⁶

Im Unterschied hierzu sind Narrative anders strukturiert – sie implizieren gerade keine intersubjektiv einlösbaren Geltungsansprüche, sondern haben (wenn wir von einer akteurzentrierten Narratologie ausgehen) eher den Charakter eines Deutungsangebotes. Akteure können sie genau dann zum Einsatz bringen, wenn sie erwarten, mit Argumenten nicht zum Erfolg zu kommen. Zugleich geben sie Aufschluss über die Weltbilder der Akteure, die sie verwenden.⁴⁷ Die Abgrenzung gegenüber Frames (und auch gegenüber Argumenten) ist jedoch nicht trivial, da auch Narrative soziale Wirklichkeit konstruieren, indem sie Bedeutungen zuweisen und Zusammenhänge implizieren. Narrationen können also verstanden werden als »regelmäßige Verknüpfungen von Elementen [...], die Beziehungen einer spezifischen Qualität herstellen«⁴⁸. Konkretisierend soll unter Narrativen daher im folgenden verstanden werden: Eine Aussage über eine Sequenz von mindestens zwei Ereignissen, die in einem temporalen (und ggf. auch kausalen) Verhältnis zueinander stehen, ohne dabei explizit realen Akteuren, Ereignissen, Institutionen oder Prozessen zugewiesen werden zu müssen und ohne dass dabei eine allgemein anerkannte Folgebeziehung zwischen den beiden Aussagen besteht (weshalb nicht unterstellt werden kann, dass hier ein Geltungsanspruch vorliegt, der in einem argumentativen Sinne einlösbar ist).⁴⁹

44 Toulmin, *The Uses of Argument* a.a.O. (FN 43).

45 Fairclough / Fairclough, *Political discourse analysis* a.a.O. (FN 8), S. 39; Holger Zapf, »Gütekriterien in der Politischen Theorie. Was zeichnet »gute« normative Forschung aus?«, in: Andreas Petrik (Hg.), *GPJE-Jahrestagung/Band*, Schwalbach/Ts. 2015, S. 51–66.

46 Fairclough / Fairclough, *Political discourse analysis* a.a.O. (FN 8), S. 38.

47 Biegon / Nullmeier, »Narrationen über Narrationen« a.a.O. (FN 8), S. 43f.

48 Georg Glasze, »Vorschläge zur Operationalisierung der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe in einer Triangulation von lexikometrischen und interpretativen Methoden« in: *Historical Social Research*, 33 Nr. 1 (2008), S. 204.

49 Das sogenannte Dammbruch-Argument kann die Differenz verdeutlichen – de facto handelt es sich nach dieser Definition dabei eher um eine Erzählung: Wenn die Norm x gutgeheißen wird, dann wird daraus folgen, dass auch die weitaus umfassendere Norm y akzeptiert werden wird (was aber niemand ernsthaft wollen kann). Diese Folgebeziehung ist nun nicht zwingender Art (weder logisch noch empirisch), sondern die Vorwegnahme einer sozialen Entwicklung bezüglich der Akzeptanz von Normen – es handelt sich also um ein Narrativ. Zugleich ist dieses Narrativ durch eine gewisse Fiktionalität gekennzeichnet, es findet also

Narrative und Argumentationen sind daher auf eine andere Art und Weise sinnstiftend als Artikulationen und Frames. Artikulationen definieren politische Positionen, die sich Subjekte als Sprecherpositionen zu eigen machen können und die ihre Verortung im diskursiv definierten sozialen Antagonismus ermöglichen. Hierfür ist eine Angabe von Gründen nicht notwendig – es reicht, Differenzierungen und Relationierungen vorzunehmen. Frames weisen in der Regel realen Ereignissen und Akteuren Bedeutung zu, während die Zusammenhänge zwischen ihnen implizit bleiben können. Argumente und Narrationen dagegen haben die Explikation dieser impliziten Zusammenhänge zum Gegenstand, sie können sich nicht damit begnügen, konstativ Bedeutungen zuzuweisen oder Forderungen zu hegemonialen Formationen zu arrangieren.

An dieser Stelle ist es wichtig, ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass weder Narrative, noch Argumente, Frames oder Forderungen allein bestimmten Akteuren »gehören« – die Wahrscheinlichkeit ihrer Anwendung ist also nicht allein strategischen Erwägungen des Akteurs geschuldet, sondern hängt auch von ihrer gesellschaftlichen Salienz und Plausibilität ab, die sich aus historischen und kulturellen Zusammenhängen ergeben und bei verschiedenen sozialen Gruppen sehr unterschiedlich ausgeprägt sein können. Zugleich sei noch einmal darauf hingewiesen, dass damit zu rechnen ist, dass die Öffentlichkeit in autoritären Regimen stark vermachtet ist, so dass bei der Platzierung von Forderungen, Frames, Argumenten und Narrativen mit wenig Konkurrenz zu rechnen ist.⁵⁰

3.4 Der Sicherheitsdiskurs in autoritären Staaten – ein integrierter Ansatz

Nun können die verschiedenen konzeptionellen Zugänge miteinander verbunden werden. Der Framing-Ansatz wirft die Frage auf, wie Ereignisse, Handlungen und Akteure diskursiv interpretiert werden, d.h. welche Bedeutung ihnen zugemessen, welche Identität ihnen zugeschrieben, was als Ursachen benannt und welche Problemlösung vorgeschlagen wird. Mit Hinblick auf die Problemlösung wird deutlich, dass hier die perlokutionäre Wirkung von Frames besonders wichtig ist (auch wenn nicht alle Akteure Frames bewusst und intentional verwenden). Die Hegemonieanalyse gibt Aufschluss darüber, welche Forderungen mit welchen anderen Forderungen kombiniert wurden und in welchem Verhältnis sie zueinander stehen. Durch das illokutionäre Äußern dieser Forderungen werden im Diskurs Subjektpositionen definiert, die durch die Verkettung und Gegenüberstellung (Äquivalenz und Kontrarität) von verschiedenen Forderungen bestimmt sind. Diese Forderungen werden – im Unterschied zu Frames – nicht notwendig auf bestimmte Ereignisse bezogen, sondern können anlasslos vorgebracht werden.

eine Übertragung auf eine mögliche Entwicklung statt, ohne dass diese Entwicklung faktisch eingetreten wäre.

50 Anja Franke-Schwenk, »Politische Narrative in autoritären Herrschaftskontexten« in: Frank Gädinger / Sebastian Jarzebski / Taylan Yildiz (Hg.), *Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis*, Wiesbaden 2014, S. 364.

Frames und Forderungen sind jedoch inhaltlich weitgehend »blind« – sie ermöglichen eine Analyse von sozial konstruierten, politisch antagonistischen Subjektpositionen und Bedeutungszuschreibungen, doch ist davon auszugehen, dass sie vor allem dann gut funktionieren, wenn sie nicht in Frage gestellt werden. Auf der inhaltlichen Ebene werden darum Narrative und Argumente angeboten, die flankierend gegen eine Kritik an Frames und Forderungen vorgebracht werden können und die Verbindungen zwischen ihren verschiedenen Elementen herstellen. Narrative können ähnlich wie Forderungen bereits vorab und anlasslos etabliert werden, sie dienen dazu, unabhängig von der argumentativen Zustimmungsfähigkeit (imaginäre) Zusammenhänge für die Deutung von Ereignissen und Akteuren zu schaffen und Erwartungen zu organisieren. Argumente dagegen eignen sich, um – bei erwarteter Zustimmungsfähigkeit und unstrittigen Sachverhalten – die Konsequenzen bestimmter Ereignisse oder Entscheidungen zu thematisieren.

All diese Aspekte sind im vorliegenden Kontext daraufhin zu befragen, inwiefern sie die Kosten für kollektives Handeln oppositioneller Gruppen erhöhen und inwiefern sie daher als demobilisierende Repression aufgefasst werden können. Allerdings können sie auch dann noch demobilisierend wirken, wenn die diskursiv erzeugten Erwartungen bezüglich der Kosten für kollektives oppositionelles Handeln – beispielsweise Demonstrationen – sinken, weil dem Anliegen vordergründig Legitimität zuerkannt wird. Denn diese Anerkennung kann im Rahmen einer Politisierung erfolgen, die zwar Partizipation im Rahmen bestehender Regeln benennt, diese Regeln aber nicht expliziert, so dass sie den Charakter einer verunsichernden Ermutigung erhält.

Dieser Ansatz lässt sich nun auf die verschiedenen Phasen des autoritären Diskurses anwenden, die durch unterschiedliche diskursive Konfigurationen gekennzeichnet sind. Im »prärevolutionären« Status quo dürfte sich das Regime auf Mobilisierungsprävention konzentrieren. Die Mobilisierungsprävention lässt erwarten, dass mehr oder weniger anlasslos generelle Forderungen und bestimmte appellative Narrative zum Einsatz kommen. In dieser Phase fügt sich alles dem hegemonialen Sicherheitsdiskurs, die Elite hat die Deutungsmacht inne und es gibt keine virulente Herausforderung.

Während revolutionären Situationen werden anlassbezogen ein bestimmtes Framing der Ereignisse und ggf. sicherheitsbezogene Argumente generiert. Framing und Argumente zielen dabei darauf, an die vorher etablierten Narrationen und hegemonialen Forderungen anzuknüpfen, um so die bestehenden Formationen zu stabilisieren. Durch die Konfrontation mit dem oppositionellen Diskurs und in Reaktion darauf kann es aber zu neuen Deutungsöffnungen und auch zur plötzlichen Etablierung von neuen zentralen umfassenden Forderungen kommen, mit denen beispielsweise Responsivität gegenüber den Demonstranten signalisiert wird.

Diese allgemeinen, aus dem konzeptionellen Rahmen abgeleiteten Vermutungen sollen nun am Beispiel Tunesiens und Ägyptens exemplarisch nachvollzogen werden.

4. Sicherheitsdiskurse in verschiedenen Transformationsphasen am Beispiel der arabischen Revolten 2011

Im Folgenden soll die Anwendbarkeit des konzeptionellen Rahmens explorativ am Beispiel von Ägypten vor und während der Revolution bzw. von Tunesien während der Revolution gezeigt werden. Für die Auswahl der Beispiele war dabei die Zugänglichkeit in Textform und, im Sinne der Nachvollziehbarkeit, als Übersetzung ausschlaggebend. Es handelt sich dabei jeweils um Ansprachen, die über das Fernsehen übertragen wurden und offensichtlich die breite Bevölkerung erreichen sollten.

4.1 Prärevolutionäre Mobilisierungsprävention: Sicherheit als umfassende Forderung und Erzählung

Der Sicherheitsdiskurs im Status quo kann relativ subtile Formen annehmen. So hat Hosni Mubarak in einer Rede im Kontext einer Gesetzesreform zur Regulierung von Nichtregierungsorganisationen im Jahr 1999 die Stärkung politischer Partizipation auf Ebene der Zivilgesellschaft eingefordert – unter anderem, um sowohl dem In- als auch dem Ausland gegenüber eine demokratiefreundliche Gesinnung zum Ausdruck zu bringen.⁵¹ Der Kontext der hier zugrundeliegenden Rede war dabei zum einen das besagte Reformprojekt, zum anderen aber auch das Ableisten des Amtseides vor dem Parlament. Die Rede fand damit nicht in einer Situation statt, in der Sicherheit als Thema salient gewesen wäre, weshalb es aufschlussreich ist, zu untersuchen, ob Sicherheitsbelange in ihr thematisiert werden.

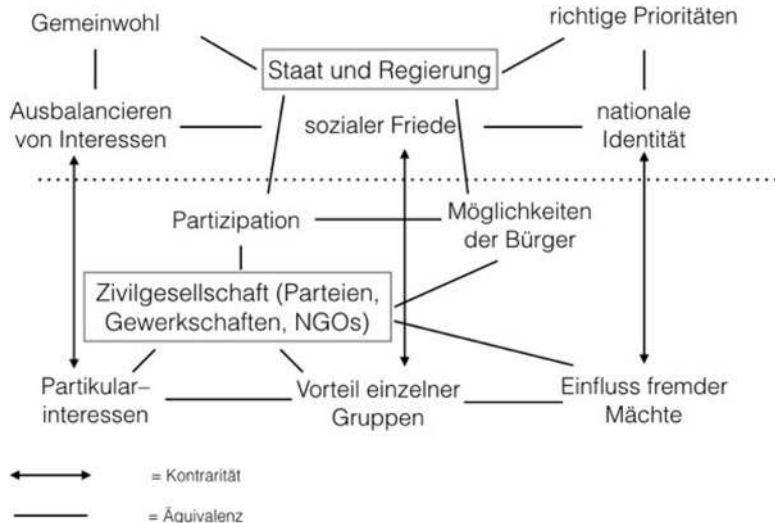
Tatsächlich wird die demokratiefreundliche Forderung nach Partizipation in der Rede fortlaufend konterkariert, da sie mit Sicherheitsbelangen verquickt wird. Diese Belange schlagen sich in verschiedenen Pflichten zivilgesellschaftlicher Aktivitäten nieder – das Gemeinwohl (*al-ṣāliḥ al-ʿamm*), Respekt gegenüber dem Gesetz, verschiedene Verantwortlichkeiten, Vermeidung von Übervorteilung einzelner sozialer Gruppen sowie der soziale Frieden generell werden angeführt – neben der Pflicht zivilgesellschaftlicher Organisationen, ihre nationale Identität zu wahren, um nicht zum Werkzeug ausländischer Mächte zu werden. Komplementär zu diesen Pflichten ist es die Pflicht des Staates, allzeit bereit zu sein, zur rechten Zeit in die Gesellschaft zu intervenieren, um den Frieden aufrecht zu erhalten.⁵² Geht man von der illokutionären Rolle – der Forderung – über zu ihrer perlokutionären Wirkung, dann kann man hierin eine Form der verunsichernden Ermutigung zu zivilgesellschaftlichen (und mithin potentiell oppositionellen) Aktivitäten erkennen: Auf einer sehr abstrakten Ebene werden sie begrüßt, zugleich aber wird deutlich gemacht, dass sie im konkreten Fall die Einheit des Staates und den sozialen Frieden gefährden können, was den Handlungsspielraum sehr stark einschränkt und entsprechenden Sicherheitsvorbehalten unterstellt. Zugleich wird illo-

51 Michele Durocher Dunne, *Democracy in Contemporary Egyptian Political Discourse*, Amsterdam / Philadelphia 2003, S. 46f.

52 Vgl. die Rede Mubaraks 1999 in ebd., S. 147f.

kutionär jede Forderung nach mehr Partizipation unter den Verdacht gestellt, auf den Zerfall von Staat und Gesellschaft hinzuarbeiten, wodurch sich eine Zweiteilung des Raumes in legitime und illegitime Forderungen ergibt. Das lässt sich im Sinne der Hegemonieanalyse als Gegenüberstellung zweier Ketten von Forderungen visualisieren:

Abbildung: Antagonistische Verkettungen im offiziellen Sicherheitsdiskurs zur Zeit von Mubarak



(eigene Darstellung, in Anlehnung an Nonhoff, Hegemonieanalyse a.a.O. (FN 26), S. 321).

Die Erfüllung der Forderungen der Regierung durch Zivilgesellschaft und Opposition würde bedeuten, dass partikulare Interessen durch Zivilgesellschaft und Opposition überhaupt nicht mehr repräsentationsfähig sind, wie es etwa die pluralistische Demokratietheorie vorsehen würde.⁵³ Offensichtlich ist Sicherheit – in diesem Fall vertreten durch die Chiffre »sozialer Friede« (*al-salām al-iğtimāʿī*)⁵⁴ – eine umfassende Forderung, die nur durch die Regierung gewährleistet werden kann. Der soziale Friede ist zugleich die hinreichende Bedingung für alle weiteren Forderungen – Partizipation, Interessenausgleich, Wahrung der nationalen Identität und Einheit etc. Die Pflicht zur ständigen Interventionsbereitschaft des Regimes in die Gesellschaft macht deutlich, dass der politische Prozess unter dem Zeichen dieser Forderung selbst weitgehend »versicherheitlicht« ist. Es gibt folglich keine Regeln, die nicht von vornherein unter diesem Ausnahmeverbalt stehen würden – Spielraum für eine noch weiter gehende »Versicherheitlichung« ist also kaum gegeben. Aus Mubaraks Rede wird zudem deutlich, dass die Zivilgesellschaft ständig Gefahr läuft, mit ihren Aktivitäten die Einheit und Integrität der Nation sowie den sozialen Frieden und somit die Sicherheit zu gefährden, indem die Interessen fremder Mächte oder bestimmter sozialer Gruppen in

53 Robert Dahl, *Polyarchy. Participation and Opposition*, New Haven u.a. 1971.

54 Dunne, *Democracy in Contemporary Egyptian Political Discourse*, a.a.O. (FN 51), S. 144.

den politischen Prozess Eingang finden – womit nebenbei elegant unterschlagen wird, dass das ägyptische Regime selbst hochgradig von fremden Mächten abhängig ist und bestimmte soziale Gruppen – etwa das Militär als wirtschaftlichen Akteur – privilegiert.

Dieser hegemoniale Diskurs lässt sich darüber hinaus auch als ein offizielles Narrativ auffassen, das sich folgendermaßen wiedergeben lässt: Die Regierung ist die einzige Instanz im politischen Prozess, die dafür sorgen kann, dass verschiedene Interessen ausbalanciert werden und das Gemeinwohl und der soziale Frieden verwirklicht wird. Daher muss die souveräne Entscheidungsgewalt über Interventionen in den politischen Prozess ebenfalls bei der Regierung liegen, weil die anderen Akteure – Zivilgesellschaft wie auch individuelle Bürger – durch ihr Handeln den sozialen Frieden gefährden können. Allen drei Instanzen kommen Pflichten zu – die Pflicht der Regierung ist es, fortlaufend Entscheidungen zu treffen (also: zu herrschen), während Zivilgesellschaft und Bürger sich gegenüber dem von der Regierung festgelegten Gemeinwohl dienlich zu verhalten haben, damit die Gesellschaft prosperieren kann. Was an anderer Stelle metaphorisch als ›autoritärer Gesellschaftsvertrag‹ bezeichnet wurde⁵⁵, begegnet hier als legitimatorische Erzählung im Rahmen des autoritären ägyptischen Sicherheitsdiskurses.

4.2 Revolutionäre Demobilisierungsversuche: Framing-Strategien und Argumente

Als im Jahr 2011 die Aufstände in Ägypten in vollem Gange sind, bezieht Mubarak Stellung zu den Ereignissen – bezogen auf die Legitimität der eingeforderten Partizipation fällt diese allerdings (vermutlich auch aufgrund der zu diesem Zeitpunkt erreichten extremen Dynamik der Ereignisse) recht knapp aus, weshalb im Folgenden zusätzlich die in dieser Hinsicht deutlich ergiebigeren Reden Ben Alis herangezogen werden. Mubaraks Framing der Proteste ist einerseits positiv, da er den ursprünglichen Trägern – »achtbaren Jugendlichen und Bürgern« – zuschreibt, damit von ihrem »Recht« auf friedliches Demonstrieren Gebrauch zu machen und ihre Meinung frei auszudrücken. Andererseits werden diese Proteste zugleich als Startpunkt einer unerfreulichen Kausalkette gerahmt, denn sie stehen am Beginn von »harten Erfahrungen«, die das Land gerade erlebt. Schnell seien die Proteste in »bedauerliche Konfrontationen« umgeschlagen, die von politischen Kräften gesteuert werden, die die Sicherheit und Stabilität des Staates untergraben wollen.⁵⁶ Der enge Zusammenhang dieser Entwicklungen wird in diesem Framing auch dadurch transportiert, dass sich Mubaraks positive Aussagen über die Proteste schon syntaktisch gar nicht von den Aussagen über ihre negativen

55 Cilja Harders, »Revolution I und II – Ägypten zwischen Transformation und Restauration«, in: Annette Jünemann / Anja Zorob (Hg.), *Arabellions. Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und Nordafrika*, Wiesbaden 2013, S. 24.

56 Ansprache Hosni Mubaraks am 1.2.2011, auf Englisch unter <http://www.theguardian.com/world/2011/feb/02/president-hosni-mubarak-egypt-speech> (abgerufen am 18.2.2016), auf Arabisch unter http://st-takla.org/General-Knowledge-Articles/06-Government-and-Law/04-Presidential-Speeches/2011-02-01-President-Hosny-Mubarak_.html (abgerufen am 18.2.2016), eigene Übersetzung.

Folgen trennen lassen. Mit diesem Framing kann Mubarak an das Narrativ bzw. den hegemonialen Diskurs anknüpfen, der im Vorfeld schon etabliert worden ist: Wer Partizipation will, riskiert immer die Sicherheit des Landes.

Es ist interessant festzuhalten, dass diese Sichtweise durch eine materielle Strategie gestützt wird, die in revolutionären Situationen wiederholt auftaucht: Es handelt sich um die gezielte Herbeiführung von Chaos und gewaltsamen Plünderungen durch Anhänger des Regimes, um die Aufständischen zu diskreditieren, wobei zugleich die Sicherheitskräfte zurückgezogen werden, um das entsprechende Vakuum zu verstärken.⁵⁷ Sowohl das durch Anhänger des Regimes herbeigeführte wie auch das durch die Aufständischen verursachte Chaos kann dann im Diskurs thematisiert werden, wobei eine Doppelstrategie das aus den Ereignissen zu schlagende Kapital maximiert: Einerseits werden Vertreter des einfachen Volkes in staatlichen Medien gezeigt, wie sie das Chaos verurteilen und nach Recht und Ordnung rufen⁵⁸, andererseits zeigt sich die Elite offen für diesen Ruf und bestärkt ihn von ihrer Seite aus. Hier ist die Komplementarität aus materieller und diskursiver Sicherheitspolitik sichtbar: Es werden medial verwertbare Ereignisse geschaffen, die dann herrschaftsdienlich gerahmt werden können. Das Framing zielt dann darauf, die Protestierenden generell zu kriminalisieren – ein Versuch, den Ben Ali in Tunesien gleich zu Beginn seiner zweiten Rede in der revolutionären Situation unternimmt, wo er die Verantwortung für gewaltsame Zusammenstöße und kriminelle Handlungen allein »maskierten Banden« zuschreibt, ohne auf die Existenz von friedlichen Protesten einzugehen – geschweige denn natürlich auf die von den Sicherheitskräften zu verantwortenden Übergriffe.⁵⁹

Eine auf andere Weise ambivalente rhetorische Strategie lässt sich am Framing von Ben Alis erster Rede erkennen.⁶⁰ Als erstes und zentrales Problem wird Arbeitslosigkeit definiert, für die wiederum keine unmittelbare Ursache angegeben wird. Als sekundärer Problemkomplex wird das Leiden einzelner (!) labiler Personen benannt, das in der Folge zu Verzweiflungstaten führt – angespielt wird hier auf die Selbstverbrennung Mohammed Bouazizis –, die dann wiederum zu »Ereignissen« führen, die ihren dramatischen Umfang erst durch Manipulationen durch ausländische Fernsehkanäle und böswilligen Elementen im Inland erlangt haben. Durch die Zwischenschaltung dieser ursächlichen »Erklärung« des sekundären Problemkomplexes werden die Demonstrationen auf den Anlass der Selbstverbrennung als Einzelfall zurückgeführt,

57 Thomas Schmid, »Tunesien: Die Jasmin-Revolution« in: Frank Nordhausen / Thomas Schmid (Hg.), *Die arabische Revolution*, Berlin 2011, S. 25.

58 Frank Nordhausen, »Ägypten: Die Sieger des Tahrir-Platzes« in: Frank Nordhausen / Thomas Schmid (Hg.), *Die arabische Revolution*, Berlin 2011, S. 51.

59 Ansprache von Zine al-Abidine Ben Ali am 10.1.2011, auf Englisch unter http://www.al-bab.com/arab/docs/tunisia/ben_ali_speech_10012011.htm (abgerufen am 18.2.2016), auf Arabisch in *Al-ṭaura fi Tūnis min ḥilālī l-waṭāʾiq*, hg. v. ʿAbd al-Maǧīd bil-Hādī u.a., Tunis 2012, S. 182–185 (eigene Übersetzung).

60 Ansprache von Zine al-Abidine Ben Ali am 28.12.2010, auf Englisch unter http://www.al-bab.com/arab/docs/tunisia/ben_ali_speech_27122010.htm (abgerufen am 18.2.2016), auf Arabisch in *Al-ṭaura fi Tūnis min ḥilālī l-waṭāʾiq*, hg. v. ʿAbd al-Maǧīd bil-Hādī u.a., Tunis 2012, S. 171f (eigene Übersetzung).

während sie von der Arbeitslosigkeit entkoppelt werden, indem sie mit den Interessen von Gruppen in Verbindung gebracht werden, die am nationalen Wohl offensichtlich nicht interessiert sind.

Die Delegitimation der Proteste wird subtil fortgesetzt, indem Ben Ali eine rote Linie zieht: Bei allem Verständnis (offen bleibt dabei, wofür genau) ist es inakzeptabel, Einzelfälle auszunutzen, um politische Ziele auf Kosten des Gemeinwohls zu verfolgen. Dieses Gemeinwohl beruht in erster Linie auf Harmonie, Sicherheit und Stabilität. Im Sinne dieser Leitideen betont Ben Ali, schon seit seiner Machtübernahme den Dialog zwischen Staat und Gesellschaft gesucht zu haben. Darüber hinaus verweist er auf legitime Möglichkeiten, seine Meinung auszudrücken, ohne dabei jedoch klar zu machen, worin genau sie bestehen soll.⁶¹ Diese nebulöse Äußerung schürt Unsicherheit – das Fehlen eines (virtuellen oder faktischen) exemplarischen Referenzereignisses, auf das der Frame »legitime Meinungsäußerung« bezogen werden kann, erzeugt wiederum die für den autoritären Sicherheitsdiskurs vielleicht typische Form verunsichernder Ermutigung, die auch bei Mubarak festgestellt werden konnte. Auch dieser bekennt sich in seiner Rede in der revolutionären Situation zum Dialog, den er »mit allen politischen Kräften« über »alle Angelegenheiten der politischen und demokratischen Reform« führen würde – wenn sie nicht auf ihren Partikularinteressen bestehen würden.⁶² Sowohl Mubaraks als auch Ben Alis Krisenrede knüpft damit strukturell an das Narrativ von Mubaraks Rede zu Zeiten des Status quo an – insofern zeigt sich unter diesem Signum der verunsichernden Ermutigung ein typisches Element dieser autoritären Sicherheitsdiskurse.

Doch auch Argumente kommen bei Ben Ali zum Einsatz. Im folgenden Fall wird auf eine Folgebeziehung abgestellt, die als gesichert gelten kann und die sich daher nicht ernsthaft anzweifeln lässt:

»Es ist abzulehnen, dass eine Minderheit von Extremisten und bezahlten Agitatoren gegen die Interessen ihres Landes auf Gewalt und Aufruhr als Ausdrucksmittel zurückgreift [...]. Das ist ein negatives und unzivilisiertes Verhalten, das ein verzerrtes Bild unseres Landes erzeugt und den Fluss von Investoren und Touristen verhindert, was sich gegen die Schaffung von Arbeit(splätzen) auswirkt, doch brauchen wir sie, um Arbeitslosigkeit zu verringern.«⁶³

Es ist kaum anzuzweifeln, dass die Proteste mindestens kurzfristig zu wirtschaftlichen Einbußen führen und damit genau dem zuwiderlaufen, was die Demonstranten angeblich ja wollen – nämlich weniger Arbeitslosigkeit. Damit wird argumentativ geschickt die Delegitimation der Proteste betrieben, wobei wiederum unklar bleibt, was genau nun ein legitimes »Ausdrucksmittel« (*waṣīla li-l-ta'bir*) sein könnte.

61 Vgl. ebd., S. 172.

62 Vgl. Mubaraks Ansprache 2011, a.a.O. (FN 55).

63 Vgl. Ben Alis Ansprache 2010, a.a.O. (FN 59), S. 172 (eigene Übersetzung).

5. Schluss

Anhand des Ansatzes zur Analyse autoritärer Sicherheitsdiskurse konnte exemplarisch gezeigt werden, dass die Strategien zur diskursiven Demobilisierung oppositioneller Akteure in Tunesien und Ägypten mit Ambivalenz und ›verunsichernder Ermutigung‹ arbeiten. Schon der von Mubarak gepflegte hegemoniale Diskurs zeigt deutlich, dass Partizipation unter einen uneingeschränkten und intransparenten Sicherheitsvorbehalt gestellt ist. Aber auch die Reden während der Revolution zeigen sowohl argumentativ als auch mit ihrem Framing der Ereignisse, dass der mobilisierten Opposition zwar eine diffuse Legitimität zuerkannt wird, diese zugleich aber rhetorisch unterlaufen wird.

Es stellt sich die Frage, inwiefern dieses Muster spezifisch für die beiden untersuchten Fälle ist. Zwar wurden hier nur zwei arabische Republiken⁶⁴ untersucht, doch ließe sich spekulieren, ob ein Grund für die Wahl dieser Strategien darin liegt, dass Republiken schon ihrer Staatsform nach und folglich auch in ihren offiziellen Diskursen die Legitimität von Partizipation zumindest prinzipiell anerkennen – wenn sie diese auch stark einschränken. Möglicherweise ergeben sich damit schon zu Zeiten des Status quo Narrative und Verkettungen hegemonialer Forderungen, die eine solche Reaktion begünstigen. Zumindest scheint es so, als würden die Rahmungen und Argumente in revolutionären Situationen an diesen Resonanzboden anknüpfen, was auf eine Art diskursiv-legitimatisierende Pfadabhängigkeit verweisen könnte. Das allerdings müsste systematisch untersucht werden. So wäre es aufschlussreich, die verschiedenen Muster demobilisierender Sicherheitsdiskurse ländervergleichend zu untersuchen. Innerhalb der Region wäre insbesondere ein Vergleich mit den Golfmonarchien von Interesse, die über andere Legitimitätsressourcen verfügen als die Republiken.

Doch auch der Blick auf die junge tunesische Demokratie könnte aufschlussreich sein – die Unruhen im Januar 2016 haben jedenfalls eine offizielle Reaktion provoziert, die sich in vielen Punkten erstaunlich wenig von jener Ben Alis fünf Jahre früher unterscheidet. Damit geraten auch Längsschnittvergleiche innerhalb eines Landes in den Blick – zum einen vor dem Hintergrund der Frage, inwiefern Demobilisierungsrhetorik erlern- und verlernbar ist, aber auch bezogen auf den Zusammenhang mit konkreten sicherheitspolitischen Maßnahmen sowie die Abhängigkeit der Frames und Argumente in revolutionären Situationen von den vorgeschalteten hegemonialen Formationen und Narrativen im Status quo.

Die Frage, wie sich in autoritären Regimen ›erlernte‹ und ›erprobte‹ Demobilisierungsstrategien in transitionellen Situationen verändern, steht in unmittelbarem Zusammenhang zu einem wichtigen Erfordernis gelingender Transformation: Schließlich spielt auch hier Demobilisierung eine wichtige Rolle – denn damit die Chancen auf eine Transformation in Richtung Demokratie steigen, gibt es eine Voraussetzung: Die

64 Zum Unterschied zu den arabischen Monarchien vgl. etwa Thomas Demmelhuber / Claudia Derichs, »Monarchies and republics, state and regime, durability and fragility in view of the Arab spring« in: *Journal of Arabian Studies*, 2 (2014).

mobilisierten Massen, die das alte Regime ins Wanken brachten, müssen im Zuge des Transformationsprozesses demobilisiert werden – andernfalls besteht die Gefahr, dass eine Gegenreaktion der alten Elite provoziert wird oder dass der Prozess im Chaos versinkt.

Auch in diesem Kontext könnte deshalb der hier dargestellte konzeptionelle Rahmen von Interesse sein: Die Warnung vor Chaos und damit verbunden der Ruf nach geregelten politischen Abläufen sind Bestandteile einer Demobilisierungspolitik, die es den Akteuren abverlangt, das Ausmaß von Versicherheitlichung und Politisierung auszuhandeln. Genau diese Aushandlung impliziert das Versicherheitlichungskonzept, da *securitization moves* davon abhängig sind, dass es ein Publikum gibt, das sie akzeptiert. Der Umfang, in dem zivilgesellschaftliche Akteure Einfluss auf die Versicherheitlichung nehmen, ist dabei ein Indiz für Demokratisierung.⁶⁵ Umgekehrt bedeutet das Auftreten von Versicherheitlichung nicht per se, dass eine Entwicklung in Richtung eines autokratischen Sicherheitsstaates abläuft. Vielmehr ist die Frage, welche Frames, Forderungen, Narrative und Argumente in der Öffentlichkeit dabei wirksam sind, Partizipation zu legitimieren oder zu delegitimieren.

Zusammenfassung

Proteste und andere Partizipationsbestrebungen werden in autoritären Regimen – die physische Repression flankierend – häufig diskursiv delegitimiert. Diese Versuche diskursiver Demobilisierung finden im Vorfeld revolutionärer Entwicklungen zum Teil schon während des unangefochtenen Status quo statt. Analytisch lassen sich verschiedene Elemente dieses Diskurses ausmachen, der verkettete hegemoniale Forderungen, Narrative, Frames und Argumente enthält. Diese verschiedenen Analyseperspektiven werden entwickelt und exemplarisch auf Reden von Staatsoberhäuptern vor und während des arabischen Frühlings angewendet. Dabei wird gezeigt, dass diskursiv nicht so sehr Demobilisierung durch reine ›Versicherheitlichung‹ von Partizipation versucht wird, vielmehr kommt es zu einer ›verunsichernden Ermutigung‹ und einer mehr oder weniger subtilen Delegitimation der Proteste.

Summary

More often than not, protests and other aspirations to participation in authoritarian regimes are confronted with delegitimizing discourses that flank physical repression. These attempts to discursive demobilization can take place either in unchallenged or in revolutionary situations. Discourses contain hegemonial claims, narratives, frames and arguments. The paper develops analytical perspectives relating to these elements and applies them to speeches of heads of state before and during the Arab spring. It is

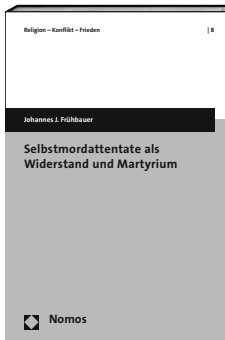
65 Stefan, *Democratization and securitization* a.a.O. (FN 22), S. 32.

shown that ›securitization‹ is not the dominant mode of this discourse. Rather, a kind of unsettling encouragement is to be found that subtly delegitimizes participation.

Holger Zapf, Politics of Fear. Demobilizing Discourses in the Context of the Arab Spring

Selbstmordattentate

Ein fragwürdiges Phänomen unter der Lupe



Selbstmordattentate als Widerstand und Martyrium

Von Dr. Johannes J. Frühbauer

2016, ca. 200 S., brosch., ca. 29,– €

ISBN 978-3-8487-2965-4

eISBN 978-3-8452-7357-0

(Religion – Konflikt – Frieden, Bd. 8)

Erscheint ca. Oktober 2016

nomos-shop.de/27007

Selbstmordattentate sind zu einem bedrohlichen und überaus fragwürdigen Phänomen der Gegenwart geworden. In einer differenzierten Auseinandersetzung mit Selbstmordattentaten wird u.a. danach gefragt, warum junge Menschen bereit sind, nicht nur ihr eigenes Leben zu opfern, sondern auch mit einer brutalen Willkür unzählige Menschen mit in den Tod zu reißen. Welche Bedeutung kommt der religiösen Dimension zu? Welche Rolle spielt das soziokulturelle Umfeld? Und warum werden Selbstmordattentate als Martyrium deklariert?



Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar unter: www.nomos-elibrary.de

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter +49 (0)7221/2104-37.

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos